

ZWISCHENRÄUME



POLICY BRIEF Nr. 8
Mai 2024

Die türkische Diaspora in Österreich

-

Was erklärt den großen Rückhalt Präsident Erdoğan?

**Research Note erstellt in Zusammenarbeit zwischen der
Universität für Weiterbildung Krems (UWK) und dem
Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip):**

Cengiz Günay, Sophie Reichelt (oiip), Till Menke (UWK)

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG.....	3
2	DIE GESCHICHTE DER MIGRATION AUS DER TÜRKEI.....	4
3	DIE DIASPORA ORGANISIERT SICH	6
4	DER TÜRKISCHE STAAT UND DIE DIASPORA: INTERESSE, KONTROLLE UND EINFLUSSNAHME	8
5	DIE HEGEMONIE DER AKP	9
6	BETEILIGUNG DER DIASPORA AN TÜRKISCHEN WAHLEN	13
7	ERLÄUTERUNGEN DER WAHLERGEBNISSE.....	15
	7.1. SOZIALE IDENTITÄT.....	15
	7.2. MIGRATIONSERFAHRUNG	17
	7.3. ÖSTERREICH UND ERDOĞAN	18
8	CONCLUSIO.....	19
9	LITERATURVERZEICHNIS	22

1 Einleitung

Im Mai 1964, also vor 60 Jahren, unterzeichnete die Republik Österreich auf Betreiben der Wirtschaftskammer mit der Republik Türkei ein Anwerbeabkommen. In Folge wurde eine Anwerbekommission gegründet, die Bewerber:innen auf deren Gesundheit und Arbeitsfähigkeit hin untersuchte. Rekrutiert wurden vor allem Hilfsarbeitskräfte für die Bauwirtschaft sowie den industriell-gewerblichen Sektor (Hahn & Stöger, 2014). Diese wurden vor allem aus wirtschaftlich unterentwickelten ländlichen Regionen in Zentral- und Ostanatolien rekrutiert. Ab den 1970er Jahren ersetzte die Kettenmigration die Rekrutierung durch die Anwerbekommission und es zogen vermehrt Familienangehörige, Nachbar:innen und Freund:innen aus derselben Region bzw. den Dörfern der ersten Zuwander:innen nach.

Inzwischen leben an die 300.000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Österreich (Rauscher, 2023). Dies beinhaltet Personen, die entweder selbst oder deren Eltern aus der Türkei gekommen sind, sowie auch Menschen, wie Kurd:innen, die keine ethnischen Türk:innen sind (Statistik Austria, 2021). Ungefähr 120.000 Personen davon sind türkische Staatsangehörige, der Rest wurde im Laufe der Zeit in Österreich eingebürgert (Statistika, 2023). Die Zahl der Personen, die unrechtmäßig im Besitz einer doppelten Staatsbürgerschaft sind, ist nicht bekannt.

Anstatt das Jubiläum des Anwerbeabkommens und somit den Beginn der Migration aus der Türkei zu begehen, gedenkt das offizielle Österreich kaum dieses Ereignisses. Stattdessen stehen Migrant:innen aus der Türkei in den letzten Jahren vermehrt in der Kritik. Öffentliche und politische Debatten drehen sich oft um die Frage der Integration. Reizpunkt ist hier immer wieder die starke Unterstützung der türkischen Diaspora für Präsident Erdoğan und die Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi - Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung). In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 28. Mai 2023 erzielte Präsident Erdoğan in Österreich 73.9 % der Stimmen während der Oppositionskandidat nur 26.15 % erzielen konnte. Recep Tayyip Erdoğan erzielte damit in Österreich das zweitbeste Ergebnis in Europa hinter Belgien mit 74.7 % (CNNTürk Seçim, 2023). Insgesamt kam Präsident Erdoğan auf 52.18 % der Stimmen, während sein Herausforderer insgesamt weit besser abschnitt als in der Diaspora in Österreich, Belgien oder Deutschland und 47.82 % erreichte (NTV, 2023).

In den Parlamentswahlen, die gleichzeitig mit der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 14. Mai 2023 stattfanden, erzielte die Regierungspartei AKP in Österreich 54.75 % der Stimmen. Die größte Oppositionspartei CHP (Cumhuriyet Halk Partisi - Republikanische Volkspartei) erhielt nur 14.36 % der Stimmen der türkischen Staatsbürger:innen in Österreich. Insgesamt erzielte die AKP 36.3 % der Stimmen, während die CHP 25.8 % der Stimmen erhielt (Sabah, 2023; Sözcü, 2023).

In der österreichischen Öffentlichkeit wurden die Wahlergebnisse aufmerksam verfolgt und vielfach als Zeichen mangelnder Integration bzw. Integrationsfähigkeit und fehlender demokratischer Werte interpretiert.

Die folgende Policy Analyse beleuchtet die Zusammensetzung der türkischen Diaspora in Österreich, sie erläutert zivilgesellschaftliche und institutionelle Strukturen, die eine Rolle spielen und geht auf die verschiedenen dominanten sozialen und politischen Identitäten ein. Ziel der Analyse ist es, darzulegen, warum Erdoğan und die AKP populär sind und welche Rolle die österreichische Politik bzw. die öffentlichen Debatten dabei spielen.

2 Die Geschichte der Migration aus der Türkei

Türkische Diasporagruppen in Europa und den USA sind ein relativ neues Phänomen. Im 19. Jahrhundert waren es vor allem Studierende, die nach Europa kamen oder Dissident:innen, die in Europa Zuflucht suchten. Städte wie Paris entwickelten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu regelrechten Zentren liberaler und intellektueller Bewegungen wie z.B. jener der Jungosman:innen und später der Jungtürk:innen. Diese im Exil lebenden Gruppen spielten in der Folge eine wesentliche Rolle bei der Abschaffung des Absolutismus im Osmanischen Reich und bei der Ausarbeitung einer Verfassung bzw. bei der Einberufung eines Parlaments (Günay, 2012).

Während in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts intellektuelle und studentische Zirkel die kleinen Diasporagruppen in europäischen Hauptstädten dominierten, veränderte sich dies nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich. In den 1960er Jahren setzte die Arbeitsmigration aus der Türkei nach Europa ein. Die boomenden Nachkriegswirtschaften brauchten billige Arbeitskräfte, die meist aus Südeuropa angeworben wurden. Bereits 1955 unterzeichnete die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ein Anwerbeabkommen mit Italien. Es war das erste dieser Art. Weitere Abkommen mit Spanien, Griechenland, Jugoslawien und Portugal sollten folgen. 1961 unterzeichnete die BRD ein Anwerbeabkommen mit der Türkei (bpb, 2021).

Österreich folgte dem deutschen Beispiel und unterzeichnete 1962 ein Anwerbeabkommen mit Spanien, das allerdings keine größere Migrationsbewegung nach Österreich auslöste, da die meisten willigen Arbeitskräfte bereits nach Deutschland und in die Schweiz gezogen waren und die Löhne in Österreich verhältnismäßig niedrig waren. Im Mai 1964 unterzeichnete Österreich das Anwerbeabkommen mit der Türkei und 1966 jenes mit Jugoslawien (Hahn & Stöger, 2014). Dem lag die Vorstellung zugrunde, dass die Arbeiter:innen für eine bestimmte Zeit in Österreich bleiben und dann wieder in ihre Heimat zurückkehren würden. Damit knüpfte man an die traditionellen Arbeitsmigrationen des 19. Jahrhunderts an, bei der

vor allem Arbeitskräfte aus dem Süden und Osten des Habsburgerreiches angeworben wurden (ebda.).

Die österreichische Wirtschaft suchte gezielt nach billigen Arbeitskräften, oft Hilfsarbeiter:innen. Diese wurden aus wirtschaftlich unterentwickelten Regionen in der Türkei angeworben und unterzogen sich einem Auswahlverfahren, das vor allem darauf abzielte, starke und gesunde Arbeitskräfte zu rekrutieren.

In der Praxis wurde die regulierte Arbeitsmigration bald durch die sogenannte Kettenmigration abgelöst. Hier spielten informelle, meist verwandtschaftliche Beziehungen eine wichtige Rolle. Landmannschaftvereine unterstützten informelle Netzwerke. So folgten oftmals Familienmitglieder, Verwandte, Nachbar:innen und Freund:innen den Erstkömmlingen nach. Dadurch sind oft besonders viele Menschen aus derselben Region, ja sogar aus demselben Dorf in den Diasporagemeinschaften vertreten. In Wien befinden sich so z.B. besonders viele Zuwander:innen aus der türkischen Provinz Yozgat (östlich von Kayseri gelegen), in Graz sind es wiederum vor allem Kurd:innen aus der zentralanatolischen Provinz Konya (südlich von Ankara gelegen). Seit den 1980er Jahren spielte die Familienzusammenführung eine wichtige Rolle in der Migration aus der Türkei. In vielen Fällen folgten den männlichen Arbeitskräften, die zunächst alleine gekommen waren, Ehepartner:innen und Kinder nach. Dadurch nahm die Zahl der Migrant:innen aus der Türkei rasch zu.

Trotz der beschriebenen Kettenmigration ist die türkische Diaspora in Österreich keine homogene Gruppe. Unter den Zuwanderer:innen aus der Türkei gibt es ethnische, konfessionelle und nicht zuletzt sozioökonomische und kulturelle Unterschiede. So gibt es neben ethnischen Türk:innen eine große Zahl an Kurd:innen aus der Türkei, aber auch Tatar:innen, Tscherkess:innen, Georgier:innen, Zazas:innen, Araber:innen, Las:innen, Griech:innen, Armenier:innen. Konfessionell stellen Sunnit:innen und Alevit:innen die größten Gruppen dar (Şimşek, 2017: 147; 150).

Neben Personen, die im Zuge von Arbeitsmigration nach Österreich gekommen sind oder die Nachkommen von Arbeitsmigrant:innen sind, gibt es auch eine Vielzahl an Personen, die aus dem urbanen Bereich zum Studieren, bzw. für die Berufsbildung nach Österreich gekommen und hier geblieben sind bzw. gibt es auch eine Gruppe an Menschen, die auf Grund politischer Verfolgung aus der Türkei geflohen sind und die in Österreich um Asyl angesucht haben.

Die erste Welle politischer Flüchtlinge umfasste hauptsächlich linke Dissident:innen, die aufgrund des Militärputsches in 1960 und der damit einhergehenden politischen Verfolgungen aus der Türkei flohen. In den 1990er Jahren verließen vor allem politisch exponierte Kurd:innen die Türkei bzw. flohen vor Verfolgung angesichts der Zunahme der Kämpfe zwischen dem türkischen Militär und der PKK. Darüber hinaus emigrierten

viele Menschen aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage in der Türkei (Fassmann & Münz, 1996; Gümüšoğlu & Kraler, 2009).

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Arbeitsmigration aus der Türkei kontinuierlich abgenommen. Stattdessen stieg die Anzahl türkischer Studierender, die nach Österreich kamen, an. Inzwischen ist fast die Hälfte aller Personen mit türkischem Migrationshintergrund in Österreich geboren (Österreichischer Integrationsfonds, 2023: 24). Die Anzahl der Personen, die oder deren Eltern oder Großeltern aus der Türkei eingewandert sind und in Österreich leben, beträgt mittlerweile ca. 300.000 (Rauscher, 2023). Davon hatten Anfang 2023 rund 120.000 die türkische Staatsbürger:innenschaft (Statista, 2023).

Zwischen den einzelnen politischen, ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen der Diaspora gibt es oftmals wenig Austausch. Die einzelnen politischen Identitäten unterscheiden sich oft erheblich. Daher kann kaum von einer einheitlichen türkischen Gemeinschaft gesprochen werden, sondern eher von mehreren nebeneinander existierenden Diaspora Gruppen (Günay et al., 2021).

3 Die Diaspora organisiert sich

Während in Österreich Arbeitsmigration als Stütze für schwächelnde Betriebe gesehen wurde, betrachtete der türkische Staat, Emigration aus unterentwickelten Gebieten als ein Mittel für die Generierung von Devisen durch Rücküberweisungen bzw. als ein Instrument für den wirtschaftlichen Aufschwung der Regionen aus denen Menschen emigriert waren. Die Migrant:innen selbst und ihre Bedürfnisse standen weder im Fokus der österreichischen noch der türkischen Behörden. In diesem Vakuum gründeten sich verschiedene Vereine, Organisationen und Netzwerke. Sie bauten weitgehend auf den politischen Identitäten der Arbeitsmigrant:innen auf. Die ersten Vereine zielten entweder darauf ab, religiöse Einrichtungen oder Solidaritätsnetzwerke zu schaffen. Zu ersteren gehören vor allem Moscheevereine, die Gebetsräume bereitstellen und religiöse Dienste anbieten. An die Moscheen angeschlossen sind oftmals auch Gemeinschaftsräume und Kantinen, die für den Austausch innerhalb der Gemeinschaft eine wesentliche Rolle spielen. Die einzelnen Moscheen sind entweder nach Herkunftsregionen, Dörfern und / oder nach religiösen, religiös-politischen Kriterien organisiert. Zu den Solidaritätsnetzwerken zählen Landmannschaftsvereine. Diese dienen vor allem der Bewahrung kultureller Traditionen. Sie spielten aber traditionell auch eine wichtige Rolle in der Kettenmigration bzw. der Arbeitsbeschaffung.

Bald etablierten sich in der Diaspora auch politische Bewegungen. Mit Ausnahme der PKK, die unter Kurd:innen Fuß fassen konnte, waren es meist rechte, nationalistische

bzw. konservative sunnitisch religiöse Bewegungen, die sich unter Migrant:innen etablieren konnten.

Hierzu gehören z.B. die Milli Görüş Bewegung oder die ultra-nationalistischen Grauen Wölfe bzw. das religiöse Netzwerk der Süleymanlılar. Die Milli Görüş Bewegung ist eine moderate türkisch-islamistische Bewegung, die Ende der 1960er Jahre unter Arbeitsmigrant:innen in Deutschland entstand und sich von dort aus auf Österreich und andere Diasporas in Europa bzw. die Türkei ausbreiten konnte. Die Bewegung propagierte den Erhalt und die Pflege einer konservativ-sunnitisch-türkischen Identität und vertrat die Weltsicht und Interessen von kleinen Gewerbetreibenden in der anatolischen Provinz. Die Bewegung richtete sich gegen die kemalistischen Eliten in der Türkei und deren autoritäre Säkularisierungspolitik sowie den westlichen "Kulturimperialismus" bzw. dessen Einfluss auf die Gesellschaft. Sie verbindet islamisch-konservativ-türkisch nationalistische Werthaltungen mit einer klassenkämpferischen Rhetorik gegen das Großkapital (Sunier & Landman, 2014). Ab den 1980er Jahren konnte Milli Görüş vermehrt die Arbeiter:innenklasse in den türkischen Großstädten und in der Diaspora ansprechen. So verdrängten islamisch-konservative Auffassungen und Verbindungen zunehmend linke Organisationen in der arbeitsmigrantisch geprägten Diaspora. Aus der Milli Görüş Bewegung gingen verschiedene politische Parteien hervor, so auch die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)¹, die 2001 von abtrünnigen jüngeren Mitgliedern rund um Recep Tayyip Erdoğan gegründet wurde.

Die Milli Görüş Bewegung betreibt heute unter der Dachorganisation der Islamischen Föderation über 47 Moscheen sowie Bildungs- und Beratungszentren, in denen Kinder- und Jugendarbeit angeboten wird (Islamlandkarte.at, o.D.). Die Islamische Föderation ist zwar bemüht sich als eine unabhängige Organisation darzustellen, doch gibt es mehrere personelle Verflechtungen zu der türkischen Saadet Partisi, dem politischen Arm von Milli Görüş in der Türkei (Der Standard, 2013). Trotz Abspaltung und einer gewissen politischen Konkurrenz zwischen Milli Görüş und der AKP gibt es auch hier, aufgrund derselben islamisch-konservativ-nationalistischen Ausrichtung relativ viele Anknüpfungspunkte und persönliche Beziehungen mit der Regierungspartei bzw. Regierungsstellen (Heinisch et al., 2023).

Eine weitere politische Gruppierung, die unter der Diaspora Fuß fassen konnte, ist die in den 1970er Jahren gegründete ultra-nationalistische politische Bewegung der Grauen Wölfe (Bozay, 2017). Die Grauen Wölfe und ihr paramilitärischer Arm

¹ In den 1990er Jahren stieg die Refah Partei (RP, Wohlfahrtspartei) zur größten politischen Kraft in der Türkei auf. Sie stellte mit Necmettin Erbakan kurzfristig den Premierminister. 1994 wurde Recep Tayyip Erdoğan als Kandidat der RP zum Bürgermeister von Istanbul gewählt. 2001 spaltete sich die politische Bewegung in die Saadet Partisi - SP (Partei der Glückseligkeit) und die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung).

bekämpften in der Türkei vor allem linke Gruppierungen. Seit den 1980er Jahren richtet sich die Bewegung vor allem gegen den kurdischen Nationalismus. Obwohl die Gruppe in den 1990er Jahren der Gewalt abgeschworen hat, gab es immer wieder Verwicklungen in illegale Anti-Terror- Praktiken bzw. Verbindungen zu mafiösen Netzwerken (Günay, 2012). Die politische Vertretung der Bewegung in der Türkei ist die MHP - die Partei der nationalen Bewegung. Seit 2016 ist sie der engste politische Verbündete der regierenden AKP. Ebenso wie die Milli Görüş Bewegung betreiben auch die Grauen Wölfe mehrere Moscheen in Österreich (IGMG, o.D.).

Die Süleymanlılar (Süleymanist:innen) sind eine in den 1940er Jahren in Istanbul entstandene religiöse Bewegung, die in der Diaspora ebenfalls stark vertreten ist. Die Bewegung ist weniger ideologisch, sie vertritt aber eine konservativ-islamische Weltanschauung. Sie ist nach ihrem Begründer Süleyman Hilmi Tunahan benannt. Die Süleymanlılar haben sich der Vermittlung religiös-konservativer Werte durch Bildung verschrieben. Sie bieten Frauen und Männern Ausbildungsprogramme zu Murschidas („spirituelle Lehrerin“) bzw. Imamen sowie islamische Theologie Kurse an. In Österreich betreiben die Süleymanlılar unter der Dachorganisation Union Islamischer Kulturzentren mehrere Moscheen und Jugendwohnheime. Diese sind 2017 und 2018 aufgrund mehrerer Berichte über eine erzkonservative islamische Indoktrinierung von Jugendlichen in Kritik geraten (NöN, 2017; Der Standard, 2018).

Neben diesen rechten und sunnistisch-konservativ konnotierten politischen Bewegungen und Organisationen bildeten sich auch alevitische Vereine. Auf Betreiben einiger dieser Vereine wurde das Alevitentum im Jahr 2013 als eine eigenständige gesetzlich anerkannte Religionsgemeinschaft anerkannt (Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich, o. D.).

4 Der türkische Staat und die Diaspora: Interesse, Kontrolle und Einflussnahme

Ab den 1980er Jahren begann der türkische Staat sich vermehrt für die Diaspora zu interessieren. Zum einen galt es, in Folge des Militärputsches von 1980 politische Dissident:innen zu beobachten und zum anderen versuchte der türkische Staat, den Einfluss islamisch-nationalistischer Kreise in der Diaspora einzuschränken.

Die Diaspora wurde als potenzielle Quelle und Zufluchtsort für kurdische secessionistische Aktivitäten angesehen, die überwacht werden sollten, auf der anderen Seite wurde die Diaspora als ein Fuß in der Tür und als potenzielle Lobbygruppe betrachtet, die für die nationalen Interessen des "Heimatlandes" mobilisiert werden sollte (Adamson, 2019).

1990 wurde ATIB (Türkisch-Islamische Union in Österreich) durch das türkische Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet) gegründet. Ziel war es durch ATIB die Kontrolle des türkischen Staates über die Interpretation und Ausübung des türkischen Islam in der Diaspora zurückzugewinnen. Über ATIB begann Diyanet, in Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden, Imame aus der Türkei nach Österreich zu entsenden. Dies sollte Predigten, die im Einklang mit den Prinzipien des säkularen türkischen Staates und der Republik Österreich standen, gewährleisten. 2018 betrieb ATIB in Österreich über 60 Moscheen und hatte mehr als 100.000 Mitglieder (Presse, 2018). Als größter islamischer Verband ist ATIB in der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreich (IGGÖ) tonangebend (ebda.).

Neben religiös-nationalistischen Organisationen, die entweder der AKP, der MHP oder der islamisch-konservativen SP (Saadet Partisi - Partei der Glückseligkeit) angehören, sind auch andere politische Bewegungen in der türkischen Diaspora in Österreich vertreten. Allerdings haben diese in der Diaspora eine weit schwächere soziale Basis und ihnen fehlt die Unterstützung durch den türkischen Staat. Dies trifft vor allem auf die CHP (Republikanische Volkspartei) und noch mehr auf pro-kurdische Organisationen zu. Während die CHP insbesondere in der urbanen Diaspora-Bildungsschicht bzw. der alevitischen Gemeinschaft stark vertreten ist, ist unter den pro-kurdischen Organisationen die im türkischen Parlament vertretene pro-kurdische HDP (die sich jüngst in DEM umbenannt hat) in der kurdisch-türkischen Diaspora in Österreich relativ stark repräsentiert. Die HDP (bzw. DEM) ist vor allem in sozialen Netzwerken aktiv. Andere kurdische Gruppen setzen sich explizit für die Unabhängigkeit Kurdistans bzw. mehr Autonomie für Kurd:innen ein. Die am besten vernetzte Gruppe ist die in der EU verbotene PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). In Österreich sind ein Großteil türkisch-kurdischer Organisationen, wie der Verein "Kurd:innen in Wien", über den Rat der kurdischen Gesellschaft in Österreich (FEYKOM) vernetzt (Hammerl, 2018).

5 Die Hegemonie der AKP

Die Politik des türkischen Staates gegenüber der Diaspora veränderte sich bedeutsam ab den frühen 2000er Jahren. Die damals neue AKP-Regierung wählte gegenüber der Diaspora einen integrativen und serviceorientierten Ansatz. Dazu gehörten ein weitgehend barrierefreier Zugang zu Konsular Diensten, die Professionalisierung der Bürokratie sowie die Digitalisierung der Administration, von der auch Menschen in der Diaspora profitieren konnten. Der türkische Staat schien sich erstmals aktiv um die Migrant:innen aus der Türkei zu kümmern. Die Botschaften und Konsulate entwickelten Kontakte zu Gemeinden und Verbänden und sie gingen auf Migrant:innen der zweiten und dritten Generation zu (Günay et. al, 2021).

Das wachsende Engagement der Außenvertretungen für die Anliegen der Diaspora gewann relativ bald eine politische Dimension. Die Regierungspartei AKP erlangte ab 2007 die Kontrolle über sämtliche Ebenen des türkischen Staates. Die Partei begann gezielt mit der Besetzung von Schlüsselpositionen des Staatsdienstes mit loyalen Personen, bzw. verschwammen im Laufe der Zeit zusehends die Grenzen zwischen dem staatlichen / öffentlichen Interesse und den politischen Interessen der Regierungspartei und ihrer Vertreter:innen. Für diese wurden immer öfter die Ressourcen des türkischen Staatsapparates parteiisch eingesetzt. Die Türkei hat sich im Zuge einer graduellen Autokratisierung, die nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 und den darauffolgenden umfassenden Säuberungen im Staatsdienst² sowie der Einführung des Präsidialsystems 2018 ihren Höhepunkt fand, zu einem kompetitiven autoritären Regime entwickelt. In kompetitiv autoritären Systemen (Levitsky & Way, 2002) wie der Türkei nimmt die Regierung den Staat und seine Institutionen in Besitz. Dies geht mit Verfassungsänderungen, einer Umfärbung der Justiz, der Neuordnung der Institutionen, der Besetzung des Staatsapparates mit loyalen Personen, bzw. der Kontrolle staatsnaher Betriebe und der Umgestaltung der Medien einher. In den letzten Jahren wurden kritische Personen nicht nur aus dem Staatsdienst, sondern auch sukzessive aus den Medien verbannt und durch der AKP loyale Personen ersetzt (Baumgarten, 2016; Gottschlich, 2016). Infolge der Autokratisierung wurden demokratische Freiheiten wie das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit stark beschränkt bzw. aufgehoben (Zihnioğlu, 2019).

Die Wirtschaft wurde durch die bevorzugte Behandlung von regierungsnahen Unternehmer:innen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen langsam umgebaut. Dies diente auch zum Umbau der Medienlandschaft. Türkische Medien sind heute weitgehend gleichgeschaltet: 90 % der türkischen Print- und Fernsehmedien sind dem Pro-Regierungslager zuzurechnen (Reporters without Borders, 2021). Hierzu gehören auch die wichtigsten privaten Fernseh- und Radiostationen, die über die Jahre von Unternehmer:innen aus dem Regierungslager gezielt und zum Teil durch günstige Kreditvergaben aufgekauft wurden (Köylü, 2021). Der Regierung nahestehende Medien berichten einseitig, bzw. kommen Stimmen aus der Opposition kaum bis gar nicht vor oder es wird negativ über Oppositionspolitiker:innen berichtet. Oppositionelle Kräfte sind infolgedessen auf kleine, alternative Online-Plattformen ausgewichen, die seit der Verabschiedung eines neuen Mediengesetzes im Jahr 2022 jedoch massiv unter Beschuss stehen. Ziel dieses Gesetzes ist nach Regierungsangaben die Bekämpfung von Desinformation. Kritiker:innen befürchten jedoch, dass Online-Medien damit vor allem zum Schweigen gebracht und friedlicher Dissens unterdrückt

² Der Putschversuch wurde mit der Gülen-Bewegung (einer Islamisch-türkisch nationalistischen Gemeinschaft), die einst mit der AKP verbündet war und deren Mitglieder wichtige Schlüsselpositionen im Staat besetzen konnten, in Verbindung gebracht. In Folge des Putschversuchs kam es zu umfassenden Säuberungen im Staatsdienst, im Bildungsbereich und in der Wirtschaft. Die Regierung ging dabei vor allem gegen Personen, die der Gülen-Bewegung zugerechnet wurden, aber auch gegen die kurdische Bewegung und gegen Aktivist:innen der Gezi-Bewegung vor.

werden soll (Human Rights Watch, 2022). Ziel der Regierung war und ist es, die Kontrolle über den Diskurs zu halten (Akser, 2023).

Der Übergang zum Präsidialsystem vervollständigte den Umbau des Staates und seiner Institutionen. Der Präsident ist nicht mehr der Unparteilichkeit verpflichtet, er steht der Regierung und der Regierungspartei vor. Die Macht des Parlaments wurde eingeschränkt bzw. die Gewaltenteilung weitgehend aufgehoben. Das Präsidialsystem bündelte sämtliche Macht im Präsidentenpalast. Ministerien, staatliche Institutionen und ein Netz an Agenturen sind dem Präsidenten untergeordnet. Diese Umbrüche hatten auch weitreichende Konsequenzen für die Diasporapolitik. Sie wirkten sich vor allem in Form des Versuchs einer stärkeren Kontrolle der Diaspora und der stärkeren Koordinierung der Diasporapolitik im Sinne der Regierungspartei aus.

Infolge des gescheiterten Putschversuchs 2016 prägte der Kampf der türkischen Regierung gegen die Gülen-Bewegung auch die Außenbeziehungen bzw. die Beziehungen mit der Diaspora. Die türkische Regierung erklärte die Gülen Bewegung zu einer terroristischen Vereinigung und übte auf befreundete Regierungen Druck aus, Gülen Schulen, die sich rund um den Globus etabliert hatten, zu schließen bzw. gegen Mitglieder der Bewegung vorzugehen und diese an die Türkei auszuliefern. Auch die türkische Diaspora in Österreich wurde zum Teil gegen die Gülen-Bewegung mobilisiert. Es gibt hierzu mehrere Berichte, die darauf hinweisen, dass türkische Behörden innerhalb der Diaspora Personen aufforderten Gülen Anhänger zu denunzieren bzw. es zu Bespitzelungen durch den türkischen Geheimdienst kam (Zeit Online, 2017; Tiroler Tageszeitung, 2017).

Parallel dazu organisierten Vorfeldorganisationen der AKP Unterstützungskundgebungen in Wien. Die bekannteste pro-AKP Organisation in Österreich ist die Union Internationaler Demokraten (UID). Die UID ist die Nachfolgeorganisation der im Jahr 2004 in Köln gegründeten UETD - Union Europäisch-Türkischer Demokraten. Die Organisation agiert transnational. Ihr Hauptziel ist es, die Wähler:innenschaft in der Diaspora zu mobilisieren bzw. auch zu vernetzen. Die UID mobilisierte in der Diaspora für Kundgebungen zur Unterstützung Recep Tayyip Erdoğans in Reaktion auf die regierungskritischen Gezi-Protteste 2013 in der Türkei (Kurier, 2013). Sie organisierte maßgeblich bei der Organisation der Wahlkampfauftritte von Präsident Erdoğan 2014 in Österreich und Deutschland (Der Standard 2014) und sie mobilisierte Proteste in Wien und Deutschland in Reaktion auf den gescheiterten Putschversuch 2016 (Kurier, 2016).

Die UID ist ein Beispiel dafür, wie die Regierungspartei AKP im Laufe der Zeit einen eigenen zivilgesellschaftlichen Sektor aufgebaut hat, der gezielt für die Mobilisierung der Wähler:innenschaft in der Diaspora eingesetzt wird. Parallel dazu wurden auch neue Agenturen und Einrichtungen geschaffen, die die Verbindungen mit der Diaspora pflegen und die AKP-Wähler:innenschaft mobilisiert halten sollen.

Das 2010 gegründete Präsidium für im Ausland lebende Staatsbürger:innen und verwandte Gemeinschaften (YTB) dient vor allem dazu muslimische Migrant:innen in Europa bzw. türkische Minderheiten vor Diskriminierung zu schützen und sie so gut wie möglich an die Türkei zu binden. Die türkische Regierung positioniert sich dabei als Schutzpatronin und Fürsprecherin sunnitischer Muslim:innen. Das YTB unterstützt in diesem Zusammenhang Studien und Projekte, die sich mit Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzen. Zudem dokumentiert und veröffentlicht das Präsidium rassistische Angriffe auf Mitglieder der türkischen Diaspora in Europa. Darüber hinaus beaufsichtigt und koordiniert sie YTB-Förderprogramme für türkische Studierende (Günay et al., 2022).

In Anlehnung an europäische Kultureinrichtungen wie dem deutschen Goethe-Institut wurde 2009 das Yunus Emre Institute ins Leben gerufen. Während dieses zunächst als eine Art Kulturinstitut, das die türkische Sprache und Kultur im Ausland verbreiten und vertiefen soll, angedacht war, entwickelte sich auch das Yunus Emre Institut bald zu einem Instrument der Regierungspolitik. Das Institut ist kaum bedacht, die türkische Kultur in ihrer Vielfalt und Gesamtheit wiederzugeben, vielmehr wird eine durch die AKP propagierte islamisch-konservative Kulturpolitik betrieben. Weltweit betreibt das Institut 58 Kulturzentren. Das Yunus Emre Institut in Wien wurde 2015 eröffnet, das neben Kursen über türkische Kunst und Kultur auch Lehrer:innenfortbildungsprogramme in türkisch als Fremdsprache und im Bereich der interkulturellen Integration anbietet (Yunus Emre Institut, o.D.). Auch in diesen staatlichen Agenturen und Institutionen sind Postenbesetzungen durch Loyalität zur Regierungspartei bestimmt.

Parallel dazu wurden in den letzten Jahren außerdem wichtige diplomatische Spitzenpositionen mit regierungsnahen Personen bzw. ehemaligen Politiker:innen besetzt. Seitdem stehen türkische Auslandsvertretungen vor allem im Dienst der Regierungspartei. Dies zeigt sich vor allem durch den selektiven Ein- und Ausschluss türkischer Staatsbürger:innen - je nach politischer Zugehörigkeit - in die Aktivitäten der Botschaft (Günay et al., 2022).

Die graduelle Autokratisierung und politische Polarisierung hat sich folglich zunehmend auf die türkische Außen- und Diasporapolitik ausgewirkt. Innen-, Außen- und Diasporapolitik orientierten sich immer weniger am Wohl des türkischen Staates und seiner Bürger:innen bzw. es wird nicht versucht, deren kulturelle und politische Vielfalt zu repräsentieren. Die Diasporapolitik der AKP ist darauf ausgerichtet, die Transnationalisierung der türkischen Souveränität bzw. die Kontrolle über die eigene Wähler:innenschaft im Ausland voranzutreiben.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die AKP aufgrund ihrer hegemonialen Position in der Türkei, einerseits beinahe den gesamten religiös-konservativ-nationalistischen Sektor absorbieren konnte und zum anderen gezielt staatliche Institutionen sowie regierungsnahen zivilgesellschaftlichen Organisationen geschaffen

wurden, die die Weltsicht der AKP in der Diaspora weiter verankern und die Wähler:innenschaft mobilisieren sollen.

6 Beteiligung der Diaspora an türkischen Wahlen

Kompetitiv autoritäre Regime sind in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie angesiedelt. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie trotz regelmäßiger stattfindenden Wahlen, die in den meisten Fällen frei von großangelegten Manipulationen sind, dennoch in ihrem Wesen autoritär sind. Wahlen finden unter unfairen Bedingungen statt. Oppositionsparteien und deren Vertreter:innen haben nur eingeschränkten Zugang zum öffentlichen Raum, sie sind kaum in den Medien vertreten und allzu oft werden Oppositionskandidat:innen durch unlautere Mittel verhindert bzw. schikaniert (Levitsky & Way, 2002). Dennoch besteht die theoretische Möglichkeit, dass die Opposition die Wahlen gewinnen kann. Ein Sieg ist allerdings nur unter besonderen Anstrengungen und vor allem nur dann möglich, wenn sich verschiedene Parteien zusammenschließen und ein Wahlbündnis bilden.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 bestand erstmals seit der Regierungsübernahme der AKP im Jahr 2002 eine solche reale Chance auf einen Machtwechsel. Präsident Erdoğan wurde durch Kemal Kılıçdaroğlu (CHP – Cumhuriyet Halk Partisi – Republikanische Volkspartei), der hinter sich ein Sechs-Parteien-Bündnis sammeln konnte, herausgefordert. Mehrere Umfragen deuteten auf einen Popularitätsverlust des Staatspräsidenten und seiner Regierungspartei und einen Machtwechsel hin.

Der stärkste Faktor für diese Entwicklung stellte die Wirtschaftskrise in der Türkei dar. Ein Großteil der türkischen Mittelklasse ist unter die Räder der galoppierenden Inflation geraten. Gepaart war die Kritik an einer falschen Wirtschaftspolitik mit dem Missmanagement der Katastrophenhilfe infolge des verheerenden Erdbebens im Februar 2023 und dem Vorwurf der Vetternwirtschaft und der Korruption. Auch die wachsende Autokratisierung spielte in den Wahlkampagnen der Opposition eine Rolle. Während das Parteienbündnis rund um die AKP die Parlamentswahlen für sich entscheiden konnte, verfehlte Tayyip Erdoğan in der ersten Runde der gleichzeitig stattgefundenen Präsidentschaftswahlen mit 49.5 % knapp die absolute Mehrheit. Kılıçdaroğlu erlangte 44.88 % und blieb unter den Erwartungen (NTV, 2023). Dennoch musste Erdoğan am 28. Mai 2023 in eine Stichwahl, die er mit 52.2 % zu 47.8 % der Stimmen jedoch für sich entscheiden konnte (Wahlkommission der Türkei (Hoher Wahlausschuss), 2023).

Seit der türkischen Wahlrechtsreform von 2012 können im Ausland registrierte Staatsbürger:innen ihre Stimme in Konsulaten abgeben. In Österreich können bei

Parlamentswahlen, Präsidentschaftswahlen und Volksabstimmungen Stimmen in Wien, Salzburg und Bregenz bzw. in Wahllokalen in Graz, Innsbruck und Linz abgegeben werden.

Angesichts der politischen tiefen Spaltung der türkischen Gesellschaft und relativ knapper Mehrheitsverhältnisse, stellten die Wähler:innen in der Diaspora mit einem Anteil von 2.5 % der Gesamtwähler:innenschaft ein Zünglein an der Waage dar (Umersbach, 2024).

Zum ersten Mal kam das Ausländer:innenwahlrecht bei den Präsidentschaftswahlen 2014 zum Tragen. Damals waren 2.780.739 Personen stimmberechtigt. Die Wahlbeteiligung unter den Auslandstürk:innen blieb aber mit 19.1 % recht überschaubar (Habertürk, 2014). Bei den folgenden Wahlen stieg die Wahlbeteiligung der Diasporamitglieder zwar kontinuierlich an, blieb aber mit 55 % im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2023 deutlich unter der Gesamtbeteiligung der in der Türkei lebenden Wahlberechtigten von 85.71 % (Euronews, 2023). Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2023 waren 3.426.183 Personen im Ausland stimmberechtigt (Hürriyet, 2023). In Österreich lebten 2023 115.074 Stimmberechtigte, davon gaben 58.85 % in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen ihre Stimme ab (Sabah, 2023).

Die Einführung des Wahlrechts für türkische Staatsbürger:innen im Ausland war ein wichtiger Schritt, um die Diaspora in die türkische Politik zu integrieren. Die Einführung des Ausländer:innenwahlrechts kam vor allem der AKP bzw. Präsident Erdoğan zugute. Spätestens seit den 1980er Jahren dominieren rechte und nationalistische Parteien die durch Arbeitsmigration geprägten Diasporagemeinschaften in Europa. Die Dominanz religiös-nationalistischer Netzwerke und Strukturen wurde durch den Niedergang der türkischen Linken ab den 1980er Jahren noch weiter verstärkt. Die AKP konnte in den letzten zwei Jahrzehnten beinahe das gesamte konservativ-nationalistische Spektrum in der Diaspora an sich binden. Die Vormachtstellung der AKP in durch Arbeitsmigration geprägten Diasporagemeinschaften wie Deutschland, Belgien, Niederlande, Frankreich und Österreich ist inzwischen angesichts der relativ knappen Mehrheitsverhältnisse wahlentscheidend. Wie weiter oben erläutert stellen die Stimmen der Diaspora mit 2.5 % der Gesamtwähler:innenschaft ein Zünglein an der Waage dar. Österreich gilt dabei als besondere Hochburg des Staatspräsidenten Erdoğan und der regierenden AKP (BBC, 2018; Wiener Zeitung, 2020). Hier erzielte Präsident Erdoğan in der Stichwahl gar 73.85 % der Stimmen (Sabah, 2023).

Bei den türkischen Parlamentswahlen im November 2015 lag der Stimmenanteil der AKP in der Diaspora in Österreich mit 69 % (Der Standard, 2015) deutlich über dem Gesamtergebnis der AKP von 49.49 % (Statista, 2015). Bei den Präsidentschaftswahlen 2018 erhielt Präsident Erdoğan von den in Österreich lebenden türkischen Staatsbürger:innen sogar knapp über 72 % der Stimmen (Schocher & Friedl, 2018) – fast 20 Prozent mehr als im Gesamtergebnis der AKP

(Statista, 2018). Gleichzeitig ist ein deutlicher Aufwärtstrend bei der Wahlbeteiligung zu beobachten. Während bei den Präsidentschaftswahlen 2014 nur 10 % aller in Österreich lebenden Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten (Tiroler Tageszeitung, 2015), lag die Wahlbeteiligung bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2018 bereits bei 49 % und 2023 bei einer Rekordbeteiligung von 58.9 % (Bischof, 2023).

Anders als in Österreich gelten jene Diasporagemeinschaften, die vor allem durch Bildungsmigration geprägt sind - wie z.B. jene in Großbritannien oder den USA - als Hochburgen der Opposition. Bei den Parlamentswahlen 2023 erzielte die oppositionelle CHP in Großbritannien 45.68 % und die AKP lediglich 14.05 % der Stimmen (Habertürk, 2023a). In den USA erzielte Präsident Erdoğan in der Stichwahl nur 17.3 % und in Großbritannien 19.6 % (Euronews, 2023a). Die ultra-nationalistische MHP blieb in Großbritannien sogar unter der Ein-Prozent-Marke. Im Vergleich dazu erzielte die AKP in Österreich am 14. Mai 2023 54.75 % der Stimmen, die MHP 14.3 % und die CHP 14.36 % (Habertürk, 2023a; Sabah, 2023).

Die dominante Stellung der AKP und Präsident Erdoğan in der Diaspora in Österreich erklärt sich durch multiple Faktoren, die oftmals miteinander verknüpft sind. Die AKP konnte zudem in der Diaspora über ein komplexes Netzwerk von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ihre hegemoniale Position ausbauen. Vereine, staatliche Agenturen und Vertretungen sowie regierungsnahen Medien ermöglichen die Kontrolle des Diskurses. Dies funktioniert insbesondere dann gut, wenn sich die soziale Identität der Wähler:innenschaft mit der Weltsicht und der Rhetorik der Partei decken. Eine zusätzlich verstärkende Rolle spielen Diskriminierungserfahrungen in Österreich.

7 Erläuterungen der Wahlergebnisse

7.1. Soziale Identität

Arbeitsmigration nach Österreich ist aus den Regionen Zentralanatoliens und Südostanatoliens geprägt. In den meisten dieser Herkunftsregionen dominiert die AKP seit 20 Jahren die Politik und prägt den Diskurs. Die Wahlergebnisse der einzelnen Diasporagemeinschaften spiegeln weitgehend die soziale und regionale Herkunft der Migrant:innen wider. In der Region Yozgat, aus der der Großteil der türkischen Migrant:innen in Wien stammt, erzielte Präsident Erdoğan in der Stichwahl 72.7 % der Stimmen, sein Herausforderer hingegen nur 21.4 % (Sözcü, 2023a). Das Wahlergebnis des Wahllokals im Generalkonsulat in Wien betrug 75.28 % für Erdoğan zu 24.71 % für Kılıçdaroğlu (Sabah, 2023) und deckt sich somit fast zur Gänze mit den Resultaten in Yozgat.

Recep Tayyip Erdoğan, der selbst ein Sohn von Binnenmigrant:innen ist - seine Familie wanderte von der Schwarzmeerregion nach Istanbul aus - vermittelt vielen Migrant:innen ein Gefühl der Verbundenheit und der Zugehörigkeit. Viele fühlen sich erst jetzt unter der AKP vom türkischen Staat angenommen und repräsentiert. Der türkische Staat und Präsident Erdoğan werden dabei allzu oft gleichgesetzt. Erdoğan wird dabei als starker, hemdsärmeliger, pragmatischer Führer, als ein wahrer Mann des Volkes, jemand aus der Mitte der Gesellschaft dargestellt. Erdoğan profiliert sich als ein Verfechter der Rechte marginalisierter Muslim:innen im In- und Ausland. Religiös-kulturelle bzw. historische Referenzen zum Osmanischen Reich bieten für viele gläubige Muslim:innen eine zusätzliche Identifikationsquelle. Er zeichnet das Bild einer transnationalen muslimischen Solidargemeinschaft, die durch ihn angeführt wird. Im Zentrum des Diskurses steht der Klassenkampf gegen das alte Establishment in der Türkei, aber auch auf internationaler Ebene.

Neben der Anhänger:innenschaft zur AKP und der Unterstützung für Präsident Erdoğan zählt in der Diaspora insbesondere eine islamisch-konservative arbeitsmigrantische Identität zu den Grundlagen für die Einbeziehung in die In-Group. Die In-Group hat somit einerseits eine starke klassenspezifische und andererseits eine kulturelle Konnotation. Das Arbeiter:innentum wird dabei als eine kulturell konservative, traditionsverbundene und gläubige homogene Gruppe imaginiert. Dabei werden andere Identitäten und deren Interessen nicht nur ignoriert, sondern auch ausgeschlossen. Dies trifft insbesondere auf exponierte politisch Andersdenkende, kurdische Dissident:innen und LGBTIQ+ Gruppen zu.

Von jenen Gruppen, die sich mit der AKP und ihren Zielen identifizieren, wird sie als die einzige legitime Vertreterin ihrer Interessen bzw. sogar als natürliche Verlängerung der eigenen Identität wahrgenommen. Somit fördert die Regierungspartei unter ihren Anhänger:innen nicht nur die Wahrnehmung einer homogenen konservativ-sunnitischen Identität und verringert die Akzeptanz gegenüber abweichenden Identitäten, sondern die Rhetorik der Regierungspartei erzeugt sogar ein Gefühl der organischen Verbundenheit mit der Partei und ihrem Führer. Politische Unterschiede zwischen der In-Group (wir) und der Out-Group (sie) werden nicht selten in moralischen Kategorien gezogen und in "gut" und "böse" oder "Freund" und "Feind" eingeteilt (Mouffe, 2005: 58). So verstehen viele AKP-Anhänger:innen Politik als moralischen Kampf des von der AKP repräsentierten Volkes (Demokrat:innen) gegen das alte Establishment (Kemalist:innen). Wahlen werden zum moralischen Kampf gegen das Böse. Die Darstellung von "Einzigartigkeit und Exklusivität" einerseits und "Bösem" andererseits wird durch die Manipulation und Mythologisierung von Geschichte sowie durch Vergleiche erreicht (Yanasmayana & Kaşlı, 2019: 25). Jede Positionierung gegen Präsident Erdoğan, der als Person dem Staat gleichgesetzt wird, stellt folglich einen Affront gegen den türkischen Staat und die Nation dar. Diese Moralisierung der politischen Opposition führt zu einer moralisch verdorbenen Opposition. Allerdings ist festzuhalten, dass vergleichbar mit der

Anhänger:innenschaft zu einem Sportclub oder Fußballverein auch politische Identitäten verschiedene Ausprägungen und Intensitäten haben können. Die Gruppe, die sich sehr stark identifiziert und sich auch aktiv engagiert, ist verhältnismäßig klein.

Sozial-politische Identitäten erklären auch die Schwäche der Oppositionsparteien, die in der Diaspora traditionell schwach vertreten sind. Zum einen vernachlässigte die größte Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei) lange die Diaspora, zum anderen hat die Partei auch in der Türkei erhebliche Schwierigkeiten die Arbeiter:innenschaft bzw. konservativ-islamische Wähler:innengruppen zu erreichen. Die CHP ist vor allem im städtischen Bildungsbürger:innentum verankert. In Österreich beschränkt sich ihre Wähler:innenschaft auf Bildungsemigrant:innen (Personen, die zum Studium nach Österreich gekommen sind und hier geblieben sind), bzw. Alevit:innen. Dennoch konnte sie bei den Parlamentswahlen 2023 in der türkischen Diaspora in Österreich 14.36 % der Stimmen erlangen (Sabah, 2023). Gegenüber den Wahlen 2018 ist dies eine Steigerung von 2.9 % (Sabah, 2018). Die CHP hat ihre Aktivitäten in der Diaspora in den letzten Jahren verstärkt. Insbesondere türkische Studierende engagierten sich 2023 für die CHP in der Hoffnung auf Veränderung. Die CHP baute auch die Beziehungen zu alevitischen Vereinen aus. Alevit:innen sind traditionell Wähler:innen der säkular, sozialdemokratischen Partei.

Die pro-kurdische Links-Grüne Partei (die HDP benannte sich vor den Wahlen um) erlangte 2023 7.41 % der Stimmen (Sabah, 2023). Die Wähler:innenschaft der pro-kurdische Parteien beschränkt sich fast ausschließlich auf Kurd:innen und zu einer geringeren Zahl linke türkische Dissident:innen. Die Partei ist vor allem über soziale Medien aktiv, ist aber auch mit verschiedenen kurdischen Vereinen in vielfältiger Weise verbunden. Die Partei und ihre Vertreter:innen werden mehr als alle anderen von den türkischen Behörden ausgeschlossen und diskriminiert

7.2. Migrationserfahrung

Das verstärkte Bemühen der AKP, insbesondere um eine konservative Wähler:innenschaft, steht im Kontrast zu den Migrationserfahrungen einzelner Arbeitsmigrant:innen. Migrant:innen aus der Türkei sind in Österreich oftmals nicht nur mit Alltagsrassismen konfrontiert, sondern auch einem zunehmend ablehnenden, kulturalisierenden und bisweilen rassistischen politischen Diskurs ausgesetzt. Dies trifft in besonderem Maße auf islamisch-konservative Menschen und insbesondere Frauen mit Kopftuch zu.

Identitätsfragen dominieren seit den 1990er Jahren den politischen Diskurs in Österreich. Spätestens seit Beginn der 2000er Jahre verlagerte sich der Fokus der Debatten auf muslimische Migrant:innen. Der Islam wurde zunehmend in politischen Diskursen und den Medien als ein Problem und Hindernis für die Integration dargestellt (Opratko, 2019: 33).

Migrant:innen aus der Türkei stellen in Österreich die größte muslimische Zuwanderergruppe dar. Damit gerieten türkische Migrant:innen immer stärker in den Fokus politischer und öffentlicher Debatten um Integration. Dabei wird Migrant:innen aus der Türkei nur allzu oft ein mangelnder Wille zur Integration bzw Anpassung vorgeworfen. Die geschilderten Annahmen gehen mit einer "Entweder-Oder"-Logik einher, die von Migrant:innen eine Entscheidung zwischen der Identifikation mit dem Ankunftsland oder der Identifikation mit dem Herkunftsland verlangt (Günay et al., 2021). Implizit angestrebt ist vor allem die Assimilierung, das heißt die vollständige Aufgabe der ursprünglichen Kultur und Identität und die Annahme der österreichischen (Pries, 2003: 31). Jene, die sich nicht ausreichend kulturell anpassen, werden als grundsätzlich anders und somit nicht als Teil der Gesellschaft dargestellt. Damit werden Gemeinsamkeiten ausgeblendet und Menschen fremder gemacht, als sie tatsächlich sind (Kohlenberger, 2020).

7.3. Österreich und Erdoğan

Die starke Zustimmung für Präsident Erdoğan in der türkischen Diaspora stößt nicht nur auf Unverständnis, sondern sorgt immer wieder für Empörung in der österreichischen Öffentlichkeit bzw. Politik. Die überwältigenden Wahlergebnisse unter Austro-Türk:innen für Erdoğan werden oftmals als ein Zeichen der mangelnden Integration und sogar Integrationsunfähigkeit gewertet. Insbesondere die FPÖ fordert schon seit längerer Zeit "Aktion scharf" bei türkischen Wahllokalen in Österreich. Dadurch sollen "illegale Doppelstaatsbürgerschaften" aufgedeckt werden (OTS, 2023). Auch im Rahmen der Wahlen im Mai 2023 wurde deutlich, dass österreichische Politiker:innen aktiv gegen politisches Engagement von Migrant:innen in der Türkei vorgehen. FPÖ-Parteiführer Herbert Kickl betonte: "Auch jetzt stürmen wieder viele Türken in Wien die Wahllokale, um Erdoğan's totalitäres Regime zu unterstützen, daher fordere ich sofortige Kontrollen, um die illegalen Doppelstaatsbürger zu entlarven" (Herbert Kickl, 2023). Um den Einfluss der türkischen Regierung auf die Diaspora einzuschränken, einigte sich die damalige SPÖ- ÖVP Koalition im März 2017 auf eine Anpassung des Versammlungsgesetzes. Konkret ging es darum, Wahlkampfveranstaltungen von Präsident Erdoğan in Österreich zu verbieten, weshalb das Gesetz umgangssprachlich als "Lex Erdoğan" bezeichnet wurde. Demnach können zuständige Behörden fortan all jene Versammlungen untersagen, die "der politischen Tätigkeit von Drittstaatsangehörigen dient und den anerkannten internationalen Rechtsgrundsätzen und Gepflogenheiten oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen, den demokratischen Grundwerten oder außenpolitischen Interessen der Republik Österreich zuwiderläuft" (Versammlungsgesetz 1953, §6 (2)). Als Begründung wurden unter anderem Ausschreitungen bei Wahlkampfveranstaltungen Präsident Erdoğan's in 2016 genannt, bei denen es zu Auseinandersetzungen zwischen kurdischen und linken Gruppen auf der einen Seite und Erdoğan-Anhänger:innen auf der anderen Seite kam.

Migrant:innen werden nicht nur als eine homogene Gruppe, sondern auch eher als politische Objekte denn Subjekte wahrgenommen. Das führt dazu, dass türkische Migrant:innen zwar Thema der österreichischen Politik bzw. Medien sind, es aber kaum zu einem Dialog kommt, bzw. auch das Wissen über Migrant:innen und deren Kultur ignoriert wird. In den politischen Debatten um Integration wird oftmals Präsident Erdoğan als das Gegenüber bzw. als Gegner stilisiert. Dies wiederum verstärkt die von Erdoğan propagierte Selbstpositionierung als Fürsprecher und Vertreter der türkischen bzw. muslimischen Migrant:innen in Europa und fördert die Identifikation mit ihm. Eine negative Berichterstattung bzw. verbale Angriffe auf Erdoğan fördern bei vielen Migrant:innen, die sich ausgeschlossen fühlen, eine weitere Solidarisierung mit ihm.

Neben politischen Kampagnen sind es vor allem strukturelle und institutionelle Ausgrenzungen, die bei Migrant:innen Frustration und das Gefühl der Ausgrenzung verursachen. So ist z.B. die Beteiligung von Migrant:innen an demokratischen Prozessen in Österreich relativ stark eingeschränkt. Zum einen verhindert ein restriktives Staatsbürger:innenschaftsrecht, das Doppelstaatsbürgerschaften ausschließt, die Integration, zum anderen scheitern oft Migrant:innen, die die österreichische Staatsbürger:innenschaft haben an strukturellen und institutionellen Hürden.

8 Conclusio

2024 jährt sich das Anwerbeabkommen zwischen Österreich und der Türkei zum 60. Mal. Migration aus der Türkei nach Österreich begann nach 1964 und ist vor allem durch Arbeitsmigration aus den ökonomisch unterentwickelten Regionen Anatoliens geprägt. Im Laufe der Zeit wurde die organisierte und regulierte Migration durch Kettenmigration und den Zuzug von Familienangehörigen abgelöst. Die meisten von ihnen sind Arbeiter:innen und Angestellte.

Seit 2012 können türkische Staatsbürger:innen, die im Ausland leben und dort registriert sind, an türkischen Konsulaten ihre Stimme abgeben. Recep Tayyip Erdoğan erzielte bei den Präsidentschaftswahlen 2014, im Referendum über ein Präsidialsystem 2017, den Präsidentschaftswahlen 2018 und jüngst bei den Präsidentschaftswahlen 2023 in der türkischen Diaspora in Österreich überwältigende Ergebnisse. Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 erreichte er mit 73.9 % in Österreich sogar eines der besten Ergebnisse weltweit. Die Zustimmungsrate liegt auch weit über dem Gesamtergebnis von 52.18 %.

Präsident Erdoğan und seine Bewegung repräsentieren eine gesellschaftlich konservative Gesellschaftsschicht. Erdoğan präsentiert sich als wahrer Mann des

Volkes und wird von vielen als "einer von ihnen" wahrgenommen. Hierzu gehören zur politischen Kommunikation neben Verhaltensregeln, Redewendungen, auch religiöse Referenzen. Erdoğan ist nicht nur einer aus der Mitte dieser Wähler:innenschicht, sondern er positioniert sich auch als ihr Vertreter und Fürsprecher auf nationaler und internationaler Ebene. Zudem hat Erdoğan den türkischen Staat gegenüber den lange Zeit marginalisierten konservativ-religiösen Gesellschaftsgruppen geöffnet.

In den letzten mehr als 20 Jahren an der Regierung hat die regierende AKP sämtliche Schlüsselstellen des Staates mit loyalen Personen besetzt. Es wurde zudem ein komplexes Netzwerk an staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen geschaffen, die auf den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen agieren und weitgehend im Interesse der Regierungspartei tätig sind. Die Grenzen zwischen Staat und Regierungspartei sind verschwommen. In konservativ-religiösen Diasporagemeinschaften konnte die Regierungspartei eine hegemoniale Position erlangen. Die Präsenz der Regierungspartei wird auch durch die Kontrolle über die türkischen Medien verstärkt.

Personen mit türkischem Migrationshintergrund der ersten, zweiten oder dritten Generation fühlen sich in Österreich oftmals ausgegrenzt und diskriminiert. Die öffentlichen und politischen Debatten sowie die restriktiven Einbürgerungsbestimmungen und der erschwerte Zugang zur politischen Arena in Österreich tragen maßgeblich dazu bei. Im Gegensatz dazu macht Präsident Erdoğan Migrant:innen durch verschiedene diasporapolitische Maßnahmen - wie dem geschaffenen Wahlrecht - zu aktiven Subjekten türkischer Politik. Zudem fördert und stärkt er das Zugehörigkeitsgefühl zur von ihm als homogen sunnitisch konservativ gezeichneten "In-group", was bei den von der österreichischen Gesellschaft ausgegrenzten konservativ-nationalistischen Mitgliedern der Diaspora auf Resonanz stoßen kann.

Die hohe Zustimmung für Erdoğan führte jedesmal in Österreich zu Debatten über die Integrationsfähigkeit türkischer Migrant:innen. Die große Zustimmung für Erdoğan scheint vielen deshalb besonders bedenklich, weil Erdoğan mit einem orientalischen Despoten und mit dem politischen Islam gleichgesetzt wird. Es spielen also identitäre Fragen eine zentrale Rolle. Aus österreichischer Sicht geht es um die Frage des Umgangs mit dem Islam bzw. um die Akzeptanz für das kulturell anders bestellte.

Es ist unumstritten, dass der autokratische Wandel in der Türkei unter Präsident Erdoğan kritisch betrachtet werden muss. Und auch die große Zustimmung türkischer Migrant:innen für Präsident Erdoğan sollte Anlass für öffentliche Debatten bieten. Allerdings ist es fatal, dieses Wahlergebnis mit der Integrationsunfähigkeit "der" türkischen Diaspora gleichzusetzen. Die Empörung über das Wahlverhalten türkischer Migrant:innen und der Umkehrschluss auf deren gescheiterte Integration folgt dem Migrationsverständnis des österreichischen parteipolitischen Mainstreams. Dieser

vertritt die Annahme, dass Migration bzw. Integration geradlinige Prozesse sind. Er ist von einer "Entweder-Oder-Logik" geleitet. Dies erlaubt keine Mehrfachidentitäten, sondern geht davon aus, dass ein Mensch nur eine Identität haben kann, entweder eine österreichische oder eine andere.

In einer Migrationsgesellschaft wie der österreichischen muss damit begonnen werden, Multilokalität und die Verbundenheit mit mehreren Orten, sowie Mehrfachidentitäten als positive Ressource zu sehen und zu stärken.

9 Literaturverzeichnis

- Adamson, F. (2019). Sending states and the making of intra-diasporic politics: Turkey and its diaspora(s). *International Migration Review*, 53(1), 210-236.
- Akser, M., & Baybars, B. (2023). Repressed media and illiberal politics in Turkey: the persistence of fear. *Southeast European and Black Sea Studies*, 23(1), 159-177.
- Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich. (o. D.). Geschichte und Gründung. <https://www.aleviten.at/die-alevi/geschichte-und-gruendung/> (Abgerufen am 04.01.2024).
- Baumgarten, R. (2016). Erdogan und die Stimme des Volkes. Wohin der Präsident die Türkei steuert. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/erdogan-und-die-stimme-des-volkes-wohin-der-praesident-die-100.html> (Abgerufen am 04.01.2024).
- Bischof, D. (2023). Warum Erdoğan in Österreich einen Kantersieg einfuhr. Die Presse. <https://www.diepresse.com/6288198/warum-Erdoğan-in-oesterreich-einen-kantersieg-einfuhr> (Abgerufen am 20.07.2023).
- Blanke, P. (2023). „Dringender Handlungsbedarf“: Fraktionen fordern nochmals Verbot der „Grauen Wölfe“. Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/politik/dringender-handlungsbedarf-fraktionen-fordern-nochmals-verbot-der-grauen-wolfe-10270891.html> (Abgerufen am 05.01.2024).
- Bozay, K. (2017). Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland/> (Abgerufen am 07.07.2023).
- Braun, K., Spöri, T., Doos, P., Mohamud, M. (2021). Politische Partizipation von Geflüchteten, Möglichkeiten und Hindernisse der politischen Beteiligung von Geflüchteten in Wien. Fremde werden Freunde, Wien. https://www.fremdewerdenfreunde.at/wp-content/uploads/2021/11/Forschungsbericht_final_FwF.pdf (Abgerufen am 07.07.2023).
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2021). Vor 60 Jahren: Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/342651/vor-60-jahren-anwerbeabkommen-zwischen-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-tuerkei/>
- Cremer, H. (2017). Das Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/243222/das-fluechtlingsabkommen-zwischen-der-europaeischen-union-und-der-tuerkei/> (Abgerufen am 18.07.2023).

- Der Standard. (2013). Resul Ekrem Gönültas und die Milli Görüs. <https://www.derstandard.at/story/1381370823123/resul-ekrem-goenueltas-und-die-milli-goerues> (Abgerufen am 22.02.2024).
- Der Standard. (2014). Erdogans polarisierender Wiener Wahlkampf. <https://www.derstandard.at/story/2000002163301/erdogans-polarisierender-wiener-wahlkampf> (Abgerufen am 10.04.2024).
- Der Standard. (2015). 69 Prozent für AKP in Österreich. <https://www.derstandard.at/story/2000024900464/69-prozent-fuer-akp-in-oesterreich> (Abgerufen am 18.07.2023).
- Der Standard. (2018). Wie haben Sie versteckt recherchiert, Frau Erkurt? <https://www.derstandard.at/story/2000086233481/wie-haben-sie-verdeckt-recherchiert-frau-erkurt> (Abgerufen am 15.03.2024).
- Euronews. (2023). 28 Mayıs Cumhurbaşkanlığı Seçimi'nde yurt dışı katılım oranı kaç? <https://tr.euronews.com/2023/05/23/28-mayis-cumhurbaskanligi-ikinci-tur-seciminde-yurt-disi-katilim-orani-kac> (Abgerufen am 18.02.2024).
- Euronews. (2023a). 28 Mayıs seçimi yurt dışı sonucu: Erdoğan ve Kılıçdaroğlu'nun en yüksek oy aldığı ülkeler hangisi? <https://tr.euronews.com/2023/05/30/28-mayis-secimi-yurt-disi-sonucu-erdogan-ve-kilicdaroglunun-en-yuksek-oy-aldigi-ulkeler-ha> (Abgerufen am 18.02.2024).
- Euronews. (2023b). Polls suggest Austria's Populist Freedom Party is on course to lead the country. <https://www.euronews.com/2023/05/08/polls-suggest-austrias-populist-freedom-party-is-on-course-to-lead-the-country> (Abgerufen am 25.07.2023).
- Fassmann, H., & Münz, R. (1996). Österreich – Einwanderungsland wider Willen. In H. Fassmann & R. Münz (Hrsg.), Migration in Europa: Historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen (S. 209-229). Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Gathmann, C., Monscheuer, O., Felfe, C., & Rainer, H. (2020). Einbürgerung (junger) Migranten: Katalysator oder Belohnung für gelungene Integration? ifo Schnelldienst, 73(11), 03-24. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/227446/1/ifo-sd-2020-11-p03-24.pdf>
- Goetz, J. (2019). Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern: Fallstudie Österreich.
- Goff-Taylor, M. (2017). The shifting drivers of the AKP's EU policy. The Middle East Program Occasional Paper Series. <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-shifting-drivers-the-akps-eu-policy>

- Gottschlich, J. (2016). Das Militär, die AKP und der gescheiterte Putsch. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/233343/das-militaer-die-akp-und-der-gescheiterte-putsch/>
- Gümüşoğlu, T., & Kraler, A. (2009). Türkische Migranten in Österreich: Eine Querschnittsstudie der türkischen Migrantengemeinschaft zwischen transnationaler Struktur und Integration. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Günay, C. (2012). Geschichte der Türkei. Wien: Böhlau.
- Günay, C., & Dzihic, V. (2021). Politische Teilhabe im transnationalen Kontext: Türkische und serbische MigrantInnen in Wien. oiiip - Studie. <https://www.oiiip.ac.at/en/publikation/politische-teilhabe-im-transnationalen-kontext-tuerkische-und-serbische-migrantinnen-in-wien/>
- Günay et al. (2022). Religion, Geld und Allianzen - Wie Parteiinteressen die Außenpolitik der Türkei leiten. oiiip-Kurzanalyse 2. <https://www.oiiip.ac.at/cms/media/kurzanalyse-parteiinteressen-und-aussenpolitik-tucc88rkei.pdf>
- Güngör, K. D. (2023). Türkeistämmige in Österreich – die etablierten Außenseiter. Der Standard. <https://www.derstandard.at/story/3000000184653/die-etablierten-au223enseiter>
- Habertürk. (2014). Seçim 2014. Yurtdışı Oyları Cumhurbaşkanlığı Seçim 2014 Sonuçları. <https://www.haberturk.com/secim/secim2014/cumhurbaskanligi-secimi/sehir/yurtdisi-oylari-253> (Abgerufen am 11.02.2024).
- Habertürk. (2023). 2023 Yurtdışı Milletvekili Seçimi Birleşik Krallık. <https://www.haberturk.com/secim/secim2023/genel-secim/ilce/yurtdisi-birlesik-krallik-1150> (Abgerufen am 12.02.2024).
- Habertürk. (2023a). Yurtdışı AVUSTURYA Seçim Sonuçları 14 Mayıs 2023. <https://www.haberturk.com/secim/secim2023/genel-secim/ilce/yurtdisi-avusturya-1113> (Abgerufen am 28.11.2023).
- Hahn, S., & Stöger, G. (2014). 50 Jahre österreichisch-türkisches Anwerbeabkommen. Fachbereich Geschichte/Zentrum für Ethik und Armutsforschung–Univ. Salzburg, 9(09).
- Hammerl, M. (2023). Die Angst vor der Eskalation. Wiener Kurden. ORF.at. <https://wien.orf.at/v2/news/stories/2907713/> (Abgerufen am 19.07.2023).
- Heinisch, H., Çiçek, H., & Vömel, J-M. (2023). Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş: Geschichte, Ideologie, Organisation und gegenwärtige Situation. Wien: DPI Wien.

- https://www.dokumentationsstelle.at/fileadmin/dpi/publikationen/DPI_Studie_Die_I_GMG.pdf (Abgerufen am 19.07.2023)
- Human Rights Watch. (2021). Türkei: Meinungsfreiheit unter Beschuss. Human Rights Watch. <https://www.hrw.org/de/news/2021/03/17/turkei-meinungsfreiheit-unter-beschuss> (Abgerufen am 21.07.2023).
- Hürriyet. (2023). Seçim 2023. <https://secim.hurriyet.com.tr/28-mayis-2023-secimleri/cumhurbaskanligi-yurtdisi-secim-sonuclari/> (Abgerufen am 12.12.2023).
- Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG). (o.D.). Place Category. <https://ajanda.igmg.org/placecategory/places/> (Abgerufen am 27.03.2024)
- Islamlandkarte.at. (2024). Islamische Vereine und Moscheen in Österreich. <https://www.islam-landkarte.at/detail/ifw-islamische-foederation-in-wien-vif-viyana-islam-federasyonu> (Abgerufen am 10.2.2024).
- Kohlenberger, J. (2020). Interview mit Judith Ranftler. [Online]. Verfügbar unter: <https://menschliche-asy/politik.at/migrationsforscherin-das-ist-rassistische-rhetorik-von-der-regierungsspitze-abwaerts/> (Abgerufen am 18.07.2023).
- Kurier. (2013). Tausende Türken bei Großdemos in Wien. [Online]. Verfügbar unter: <https://kurier.at/politik/inland/tausende-tuerken-bei-grossdemos-in-wien/16.702.244> (Abgerufen am 15.10.2023).
- Kurier. (2016). Wien: Wieder Demos von Erdogan-Anhängern. [Online]. Verfügbar unter: <https://kurier.at/politik/inland/erdogan-anhaenger-demonstrierten-wieder-in-wien/210.190.016> (Abgerufen am 20.04.2024).
- Köylü, H. (2021). Türkei will Medien stärker kontrollieren. Deutsche Welle. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-will-medien-st%C3%A4rker-kontrollieren/a-59468720>. (Abgerufen am 12.07.2023).
- Levitsky, S., & Way, L. A. (2002). The rise of competitive authoritarianism. *Journal of Democracy*, 13, 51.
- Mouffe, C. (2005). The 'End of Politics' and the Challenge of Right-wing Populism. *Populism and the Mirror of Democracy*. In Panizza F. (Ed.). Verso.
- NöN (Niederösterreichische Nachrichten). (2017). Islamisches Mädchenheim in der Kritik. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.noen.at/ybbstal/kematen-islamisches-maedchenheim-in-der-kritik-maedchenheim-islamisches-zentrum-kematen-islam-36895516> (Abgerufen am 10.03.2024).
- NTV. (2023). Seçim 2023. [Online]. Verfügbar unter: <https://secim.ntv.com.tr> (Abgerufen am 12.03.2024).
- Opratko, B. (2019). Im Namen der Emanzipation: Antimuslimischer Rassismus in Österreich. Transcript Verlag.

- Österreichischer Demokratiemonitor. (2022). Multiple Krisen - Demokratie unter Druck. [Online]. Verfügbar unter: https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2022/11/2022_SORA_Presseunterlage_Demokratiemonitor.pdf (Abgerufen am 21.10.2023).
- Österreichischer Integrationsfonds. (2023). Statistisches Jahrbuch "Migration & Integration" 2023. [Online]. Verfügbar unter: https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/monitor/Statistisches_Jahrbuch_2023.pdf (Abgerufen am 10.10.2023).
- OTS. (2023). FPÖ – Kickl/Nepp fordern „Aktion scharf“ vor türkischen Wahllokalen in Österreich. [Online]. Verfügbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230428_OTS0097/fpoe-kicklnepp-fordern-aktion-scharf-vor-tuerkischen-wahllokalen-in-oesterreich (Abgerufen am 20.09.2023).
- Presse. (2018). ATIB: Über 60 Vereine mit mehr als 100.000 Mitgliedern. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.diepresse.com/5443057/atib-ueber-60-vereine-mit-mehr-als-100000-mitgliedern> (Abgerufen am 15.12.2023).
- Reporters Without Borders. (2021). Turkey – press freedom in figures. Verfügbar unter: <https://rsf.org/en/turkey-press-freedom-figures> (Abgerufen am 20.03.2024).
- Sabah. (2018). Avusturya Seçim Sonuçları 2018. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.sabah.com.tr/secim/24-haziran-2018-secim-sonuclari/avusturya-secim-sonuclari> (Abgerufen am 20.03.2024).
- Sabah. (2023). Avusturya Seçim Sonuçları 2023. [Online]. Verfügbar unter: [ulkesi-cumhurbaskanligi-secim-sonuclari](https://www.sabah.com.tr/secim/24-haziran-2023-secim-sonuclari/avusturya-secim-sonuclari) (Abgerufen am 12.12.2023).
- Schiffauer, W. (2010). Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Glaubensgemeinschaft Millî Görüş. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schiller, N. G., Basch, L., & Blanc, C. S. (1995). From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration. *Anthropological Quarterly*, 68(1), 48–63. <https://doi.org/10.2307/3317464>
- Schocher, S., Friedl, W. (2018). Warum so viele Austro-Türken Erdoğan wählten. *Kurier*. [Online]. Verfügbar unter: <https://kurier.at/politik/ausland/auslandstuerken-vereine-spielen-schluesselrolle-bei-mobilisierung/400056554> (Abgerufen am 15.10.2023).
- Seufert, G. (2019). Ein Präsidialsystem" türkischer Art": Konzentration der Macht auf Kosten politischer Gestaltungskraft. SWP. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019S04/> (Abgerufen am 12.10.2023).
- Şimşek, H. (2017). 50 Jahre Migration aus der Türkei nach Österreich. LitVerlag.

- Sipahioğlu, B. Ö. (2017). Shifting from Europeanization to De-Europeanization in Turkey: how AKP instrumentalized EU negotiations. *The Turkish Yearbook of International Relations*, (48), 51-67.
- Sözcü (2023). 14 Mayıs 2023 Seçim Sonuçları. [Online]. Verfügbar unter: <https://secim.sozcu.com.tr/secim2023mayis14> (Abgerufen am 12.02.2023).
- Sözcü (2023a). Yozgat Seçim Sonuçları. [Online]. Verfügbar unter: <https://secim.sozcu.com.tr/secim2023mayis14/yozyat-secim-sonuclari> (Abgerufen am 18.03.2024).
- Sözcü (2023b). Seçim Sonuçları. [Online]. Verfügbar unter: <https://secim.sozcu.com.tr/secim2023mayis14/konya-secim-sonuclari> (Abgerufen am 18.03.2024).
- Stadt Wien – Integration und Diversität (2023). Fehlendes Wahlrecht führt zu steigendem Demokratiedefizit. 6. Integrationsmonitor 2023. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/spezial/integrationsmonitor/> (Abgerufen am 22.11.2023).
- Statista (2023). Anzahl der Türken in Österreich von 2013 bis 2023. [Online]. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/587860/umfrage/tuerken-in-oesterreich/> (Abgerufen am 04.01.2024).
- Statista. (2018). Türkei - Ergebnis des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahl in der Türkei 2018. [Online]. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/873838/umfrage/ergebnis-der-praesidentschaftswahl-in-der-tuerkei-2018/> (Abgerufen am 28.11.2023)
- Statista. (2015). Amtliche Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Türkei vom 07. Juni 2015 und vom 01. November 2015. [Online]. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/434003/umfrage/ergebnis-der-parlamentswahl-in-der-tuerkei/> (Abgerufen am 01.11.2023).
- Statistik Austria (2021). Migration und Integration 2021. Statistisches Jahrbuch. [Online]. Verfügbar unter: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:d9b292a5-3457-4cff-aa80-58d92c46f3f8/stat_jahrbuch_migration_u_integration_2021.pdf (Abgerufen am 15.10.2023).
- Sunier, T. & Landman, N. (2014). *Transnational Turkish Islam: Shifting geographies of religious activism and community building in Turkey and Europe*. Springer.
- Tiroler Tageszeitung (2015). Türkei-Wahl - Beteiligung der Türken in Österreich bei 44 Prozent. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.tt.com/artikel/10701087/tuerkei-wahl-beteiligung-der-tuerken-in-oesterreich-bei-44-prozent> (Abgerufen am 02.11.2023).

- Tiroler Tageszeitung (2017). Pilz: Regierung Erdogan bespitzelt Türken in Österreich. Abgerufen am 28. November 2023, von <https://www.tt.com/artikel/12607227/pilz-regierung-erdogan-bespitzelt-tuerken-in-oesterreich>
- Umersbach, B. (2024). Türkei: Amtliches Ergebnis des ersten Wahlgangs der türkischen Präsidentschaftswahl am 14. Mai 2023 aufgeschlüsselt nach Ergebnissen im Inland und Ausland. Statista. [Online]. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1382716/umfrage/ergebnis-der-praesidentschaftswahl-in-der-tuerkei-2023/>
- Yanasmayana, Z. & Kaşlı, Z. (2019). Reading diasporic engagements through the lens of citizenship: Turkey as a test case. *Political Geography*, 70, 24-33.
- Yunus Emre Institut. (o.D.). Yunus Emre Institut; Über uns. [Online]. Verfügbar unter: <https://viyana.yee.org.tr/de/content/yunus-emre-institut> (Abgerufen am 28.11.2023).
- Zeit Online (2017). Türkische Spionage: Geheimdienst soll Regierungskritiker weltweit bespitzelt haben. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/tuerkische-spionage-geheimdienst-mit-netzwerk-regierungskritiker> (Abgerufen am 04.01.2024).